

Ressort: Politik

Makler-Gebühren: Union weist Vorstoß von Justizministerin zurück

Berlin, 26.10.2018, 05:00 Uhr

GDN - Die rechts- und verbraucherpolitische Sprecherin der CDU/CSU-Bundestagsfraktion, Elisabeth Winkelmeier-Becker, hat den Vorstoß von Bundesjustizministerin Katarina Barley (SPD) zurückgewiesen, die Makler-Gebühr beim Verkauf von Häusern und Wohnungen künftig komplett vom Verkäufer bezahlen zu lassen. "Die Maklerkosten werden in den meisten Bundesländern bei Verkauf üblicherweise geteilt", sagte Winkelmeier-Becker dem "Redaktionsnetzwerk Deutschland" (Freitagausgaben).

"Das ist eine faire Regelung, bei der auch beide Seiten darauf achten, dass die Kosten im angemessenen Rahmen bleiben." Würde die Maklerkosten allein vom Verkäufer getragen werden, sei vor allem bei großer Nachfrage zu befürchten, "dass der Verkäufer die zusätzlichen Kosten plus Nebenkosten auf den Kaufpreis aufschlägt", so Winkelmeier-Becker. Barley hatte zuvor angekündigt, dafür zu sorgen, dass das "Besteller-Prinzip für den Immobilienverkauf" rasch eingeführt wird. Da meist der Makler für den Verkäufer tätig sei und nicht für den Käufer, müsse auch der Verkaufende zahlen. Zudem stünden Maklergebühren gerade in Gegenden mit angespanntem Wohnungsmarkt in keinem Verhältnis zur erbrachten Leistung.

Bericht online:

<https://www.germandailynews.com/bericht-114151/makler-gebuehren-union-weist-vorstoss-von-justizministerin-zurueck.html>

Redaktion und Verantwortlichkeit:

V.i.S.d.P. und gem. § 6 MDStV:

Haftungsausschluss:

Der Herausgeber übernimmt keine Haftung für die Richtigkeit oder Vollständigkeit der veröffentlichten Meldung, sondern stellt lediglich den Speicherplatz für die Bereitstellung und den Zugriff auf Inhalte Dritter zur Verfügung. Für den Inhalt der Meldung ist der allein jeweilige Autor verantwortlich.

Editorial program service of General News Agency:

UPA United Press Agency LTD

483 Green Lanes

UK, London N13NV 4BS

contact (at) unitedpressagency.com

Official Federal Reg. No. 7442619